



# Berlin Brief Nr. 311

Neuigkeiten aus der Sitzungswoche  
von Josip Juratovic, MdB

18. März 2022

---



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

seit meinem letzten Berlin-Brief hat sich die weltpolitische Lage drastisch verändert. Durch Putins Angriffskrieg auf die Ukraine stellt er nicht nur die Souveränität seiner Nachbarinnen und Nachbarn in Frage, er hat auch der internationalen Ordnung schweren Schaden zugefügt. Bundeskanzler Olaf Scholz hat mit seiner Regierungserklärung bei der Sondersitzung des Bundestages starke und klare Antworten auf den russischen Völkerrechtsbruch gegeben und eine Zeitenwende deutscher Außen- und Sicherheitspolitik eingeleitet. Alle demokratischen Fraktionen haben der Bundesregierung ihre Unterstützung bestätigt. Der Bundestag als höchstes Organ unserer Verfassung hat der Exekutive damit Rückendeckung bei ihrem weiteren Handeln gegeben. Mit harten Sanktionen gegenüber Putin und seinen Oligarchen und humanitärer Hilfe und Waffenlieferungen für die Ukraine zeigen wir der Ukraine unsere Solidarität und stehen ihr geschlossen und entschlossen zur Seite - und zwar international

abgestimmt.

Am Dienstag konnte ich im Rahmen der außerordentlichen Sitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europäischen Rates in meinem Redebeitrag deutlich machen, wie gefährlich Putins Angriffskrieg für ganz Europa ist. Der einzige Ausweg aus dieser Situation ist die sofortige Beendigung des Krieges. Auch wenn Putin nichts mit der Demokratie anfangen kann, ist er es zumindest seinem eigenen Volk schuldig, die Kriegshandlungen einzustellen. Denn auch sein eigenes Volk leidet enorm unter seinem Angriffskrieg auf die Ukraine. Mein höchster Respekt gilt daher auch den vielen Russ\*innen, die sich trotz der Gefahr für ihr eigenes Leben gegen den Krieg stellen und Putin die Stirn bieten.

Vieles von dem, wofür wir seit Jahrzehnten gearbeitet haben, wie Abrüstung, Rüstungskontrolle und vertrauensbildende Maßnahmen, ist durch Putins Krieg zerstört worden. Gleichwohl müssen und werden wir alles dafür tun, um einen Raum für Diplomatie zu schaffen. Wir brauchen einen sofortigen, international überwachten Waffenstillstand und die Einrichtung humanitärer Korridore. Ziel muss ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen sein.

Ich bin mir dessen bewusst, dass uns die Sanktionen am Ende auch selbst schmerzen werden. Dennoch können wir es keinesfalls hinnehmen, dass Russland mitten in Europa Krieg führt und die Souveränität und Integrität seiner Nachbarn in Frage stellt und militärisch angreift. Die hohen Energiepreise bereiten vielen Bürger\*innen weiterhin große Sorgen. Putins Krieg in der Ukraine lässt sie noch weiter ansteigen. Vor allem Geringverdiener\*innen haben mit den hohen Kosten zu kämpfen. Heizen, Strom und Mobilität müssen aber für jeden bezahlbar sein. Dabei wollen wir gezielte Hilfen und die hohen Energiepreise auch sozial abfedern. In dieser Woche haben wir deshalb einen einmaligen Heizkostenzuschuss für 710.000 Wohngeldbeziehende und 510.000 Studierende und Schüler\*innen beschlossen. Darüber hinaus haben wir in erster Lesung über die Abschaffung der EEG-Umlage zum 1. Juli 2022 beraten, und die Regierung beauftragt, weitere Vorschläge zu machen, wie wir die Bürger\*innen entlasten können.

Das andere große Thema, welches uns in dieser Woche beschäftigt hat, ist die Corona-Pandemie. Damit wir auch künftig das Infektionsgeschehen unter Kontrolle halten, haben wir in dieser Woche Änderungen des Infektionsschutzgesetzes beschlossen. Das geänderte Gesetz gewährleistet weiterhin einen Basisschutz zum Schutz besonders vulnerabler Gruppen und gibt den Ländern niedrigschwellige Maßnahmen an die Hand. Hierzu zählen eine Maskenpflicht in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie Testpflichten in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Schulen und Kitas. Zudem halten wir an der bundesweiten Maskenpflicht im Luft-, Nah- und Fernverkehr fest. Zugleich müssen wir jederzeit in der Lage sein, frühzeitig und vor Ort auf eine verschärfte Corona-Lage zu reagieren. Die Länder können deshalb auch weiterhin bei lokalen Ausbrüchen (so genannte „Hotspot-Gebiete“) weitergehende Maßnahmen anwenden, sofern das Landesparlament zustimmt.

Auf lange Sicht besiegen wir das Virus aber nur, wenn wir uns impfen lassen. Impfen bleibt der Weg aus der Pandemie. Das gilt insbesondere mit Blick auf den Herbst und mögliche neue Virusvarianten. Im Dezember haben wir daher im Bundestag bereits eine Teilimpfpflicht für Gesundheits- und Pflegepersonal beschlossen, die seit Mitte der Woche gilt. Für mich ist klar, dass ich für eine allgemeine Impfpflicht stimmen werde. Gegenüber all jenen Bürger\*innen, die sich seit zwei Jahren an die Maßnahmen halten und sich haben impfen lassen, kann ich es nicht vertreten, wenn wir im Herbst erneut in eine neue Welle geraten, nur weil wir politisch nicht den Mut hatten, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Blieben Sie gesund.

Ihr/Euer



Josip Juratowicz

---

## Termine

18  
MÄRZ

Festakt 100 Jahre Blasmusikverband–Kreisverband Heilbronn  
*Neckarwestheim*

21–  
25  
MÄRZ

Sitzungswoche des Deutschen Bundestags  
*Berlin*

29  
MÄRZ

VdK–Podiumsdiskussion  
Wie sozial ist die neue Ampel–Koalition?  
*Untereisesheim*

---

## Bild der Woche



Redebeitrag bei der außerordentlichen Sitzung der  
Parlamentarischen Versammlung des Europäischen Rates!

Den ganzen Redebeitrag finden Sie **HIER** auf der Seite des Europäischen Rates.



Impressum:  
Josip Juratovic MdB – Bürgerbüro  
Untere Neckarstraße 50  
74072 Heilbronn

Tel.: 07131 / 598 72 27  
josip.juratovic.wk@bundestag.de

Du möchtest keinen Berlin Brief mehr erhalten? [Hier abmelden.](#)